Editorial

Wir müssen über unsere Grenzen reden

2023. Jetzt sind wir also in ein eidgenössisches Wahljahr gerutscht. Und bereits zeichnet sich ab, was den Wahlkampf inhaltlich dominieren wird – jedenfalls, wenn es nach der SVP geht. An ihrer Bad-Horn-Tagung Ende kommender Woche werden die Partei-Oberen aller Voraussicht nach die Themen Migration und Zuwanderung zuoberst auf die Themenliste setzen. Und wohl auch beschliessen, sich für eine neue Zuwanderungsinitiative zu engagieren.

Vor 20, 30 Jahren vermochte die Partei damit relativ leicht grosse Erfolge zu erzielen. Aber die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seitdem stark verändert. Einerseits ist es für ein Land wie die Schweiz wegen vieler internationaler Abkommen und Verträge fast nicht mehr möglich, die Zuwanderung selbstbestimmt so zu steuern, wie es manchen lieb wäre. Und andererseits ist die Personenfreizügigkeit mittlerweile weitestgehend unbestritten – mindestens solange die Wirtschaft so brummt, wie sie es gerade tut. Mehr noch: Viele Branchen sehen die Lösung des Fachkräftemangels im Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland.

Das alles ist der SVP natürlich bewusst. Deshalb verpackt sie ihre Zuwanderungs- als Nachhaltigkeitsinitiative. Und diese stellt ein paar durchaus bedenkenswerte Fragen. Wie nachhaltig ist die hohe Zuwanderung? Wer hat einen Nutzen davon, und wer trägt die Kosten? Und welchen Effekt haben die vielen Zuzüger auf endliche Ressourcen wie Landflächen und Energie, auf die CO_2-Bilanz oder auf die Infrastruktur? Daraus könnte sich eine ebenso interessante wie nötige Diskussion über den Sinn von grenzenlosem Wachstum statt ausschliesslich über Einwanderung ergeben.

Da lohnt sich ein Blick nach Holland. Dort läuft eine solche Debatte bereits, weil sich das Land schon seit einiger Zeit im Modus der permanenten Überlastung befindet. Im September und Oktober strahlte das nationale Fernsehen eine mehrteilige Dokuserie aus. Titel: «Nederland is vol» (Die Niederlande sind voll). Darin kommt zum Ausdruck, was viele im Land empfinden, nämlich dass es von allem zu viel gibt: Bewohner, Tiere, intensive Landwirtschaft, verbaute Flächen, Verkehr, Emissionen, Unternehmen.

Der Journalist Sander Heijne, einer der Autoren der Serie, schrieb dazu in der Zeitung «De Volkskrant»: «Wir haben in den vergangenen 70 Jahren eine grössere Wirtschaft geschaffen, als unser Land ertragen kann.» Das sieht auch die «Financial Times» so. Die Niederlande seien wohl «das erste Land, das die Grenzen des Wachstums erreicht hat», schrieb die Zeitung Ende Oktober. Es sei «überentwickelt» und «zu gut an die Globalisierung angepasst».

Was tun die Niederlande dagegen? Viele Ideen werden verhandelt, manche auch umgesetzt. Dazu gehören Klassiker wie Regulierung der Zuwanderung, verdichtetes Bauen und ein Tempolimit auf Autobahnen. Aber auch Neuerungen wie Programme, um mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Oder der Verkauf von limitierten «Stickstoff-Lizenzen» an alle, die den Boden stark belasten – sei es durch intensive Landwirtschaft oder durch Zubetonierung.

Generell versucht man in Holland, das ungebremste Wachstum zu verlangsamen, sogar gewisse Teile der Wirtschaft gesundzuschrumpfen. Ganz im Sinne des liberalen früheren Innenministers Johan Remkes, der schon 2020 sagte: «Alles überall zu machen, ist unmöglich.»

Das bedeutet auch: Nicht alles, was möglich ist, soll auch gemacht werden. Und solche Überlegungen werden auch bei uns angestellt. In der Zürcher Agglomerationsgemeinde Schwerzenbach wollte der Gemeinderat letztes Jahr die Bau- und Zonenordnung teilrevidieren. An der von der Lokalpresse als «denkwürdig» beschriebenen Gemeindeversammlung im März waren dann aber diejenigen in der Mehrheit, die vor einem zu starken Wachstum der Gemeinde warnten. Die Vorlage ging an den Absender zurück.

Klar, Schwerzenbach taugt nur sehr bedingt als Beispiel für die ganze Schweiz. Aber dennoch sollten wir national aushandeln, wo die Grenzen des Wachstums sind. Ohne in immer gleiche ideologische Denkmuster zu verfallen. Und ohne vorschnell rote Linien zu ziehen. Es geht um zu viel. Um die Zukunft des Landes, weit über 2023 hinaus.

Thomas Speich,
Redaktionsleiter

thomas.speich@sonntagszeitung.ch
www.facebook.com/sonntagszeitung

1. Die Gesellschaft verändert sich

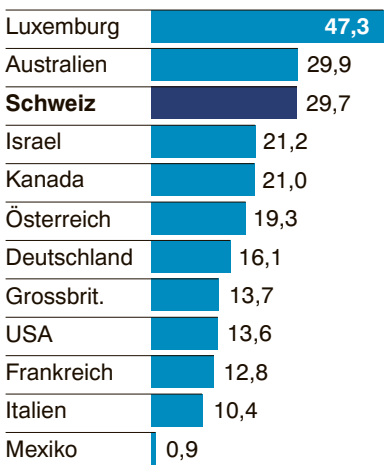
Rund 30 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner hierzulande sind nicht in der Schweiz geboren. Die Schweiz nimmt damit einen Spitzenplatz ein. In Europa ist der Anteil nur im Kleinstaat Luxemburg höher. Global gesehen liegen die reichen Golfstaaten Katar und Vereinigte Arabische Emirate mit zum Teil über 80 Prozent Migranten an der Spitze. Sie sind allerdings alles andere als repräsentativ – insgesamt spielt die Migration eine viel geringere Rolle als oft vermutet: Nur 3,5 Prozent der Weltbevölkerung leben ausserhalb ihres Geburtslandes.

In der Schweiz sind die gesellschaftlichen Auswirkungen der Einwanderung frappant. An gewissen Schulen in Agglomerationsgemeinden reden über 80 Prozent der Schüler zu Hause kein Deutsch, was die Lehrpersonen vor grosse Herausforderungen stellt. Zwar ziehen auch viele Hochqualifizierte und Vermögende in die Schweiz, sie sind unter den Einwanderern aber klar in der Minderheit. Die Erwerbslosenquote von Menschen mit Migrationshintergrund ist total mehr als doppelt so hoch als von jenen ohne (8 Prozent gegenüber 3 Prozent). Wobei je nach Herkunft die Abweichungen sehr gross sind. Bei Staatsangehörigen afrikanischer Länder beträgt die Sozialhilfequote 34,6 Prozent (2020); bei Angehörigen von EU/Efta-Staaten 2,7 Prozent, was nur unwesentlich höher ist als bei Schweizer Bürgern.

Wie stark sich die Schweiz hin zu einem multikulturellen Schmelztiegel entwickelt, zeigt auch die Hochzeitsstatistik. Bei weniger als der Hälfte der Eheschliessungen haben sowohl die Braut als auch der Bräutigam einen Schweizer Pass.

Fast ein Drittel ist nicht in der Schweiz geboren

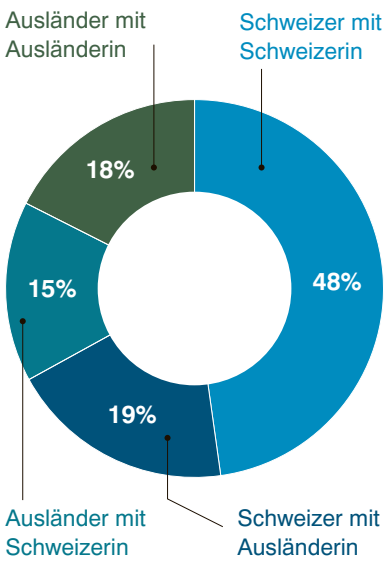
Anteil Bewohner, die nicht im Land auf die Welt gekommen sind (2019)



Grafik: rb / Quelle: OECD

Hochzeiten unter Schweizern in der Minderzahl

Eheschliessungen im Jahr 2021



Da die gleichgeschlechtliche Ehe erst 2022 eingeführt wurde, ist sie hier noch nicht enthalten.

Grafik: rb / Quelle: BFS

Willkommen in der 9-Millionen-Schweiz

Zuwanderung Die Zahl der Menschen im Land steigt weiterhin rasant. Was bedeutet das für die Bevölkerung, die Infrastruktur, die Umwelt? Eine Übersicht.

Rico Bandle

Die Schwelle hat hohe Symbolkraft: In diesem Jahr dürfte die Schweiz 9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner erreichen. Am letzten offiziellen Stichtag Ende September lag die Zahl der ständigen und nicht ständigen Bevölkerung bei exakt 8'935'707 – die runde Zahl ist also in Sichtweite.

Die Schweiz erlebt seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 ein rasantes Bevölkerungswachstum. Die Einwohnerzahl nahm um 20 Prozent zu, das entspricht 1,4 Millionen Menschen. Ein Höchstwert in Europa: In Deutschland betrug die Zunahme im selben Zeitraum 1 Prozent, in Österreich 9, in Frankreich 10 Prozent.

Die Entwicklung ist in erster Linie Ausdruck des Erfolgs: Die Wirtschaft floriert, die Lebensqualität ist hoch – Menschen aus aller Welt wollen in der Schweiz leben und arbeiten.

Das Wachstum birgt allerdings auch politischen Zündstoff. Der Wohnraum wird knapp und teuer, die Infrastruktur stark beansprucht, die Integration zu einer Herausforderung. Die Migration dürfte im Wahljahr 2023 zu einem der dominierenden Themen werden. Die SVP hat bereits die Lancierung einer neuen Volksinitiative zur Begrenzung der Einwanderung angekündigt. Die Vorlage unter dem Titel Nachhaltigkeitsinitiative soll verhindern, dass die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz vor 2050 die Schwelle von 10 Millionen überschreitet.

Doch wie wirkt sich das starke Bevölkerungswachstum auf Land und Leute aus? Eine Auslegeordnung in fünf Punkten.

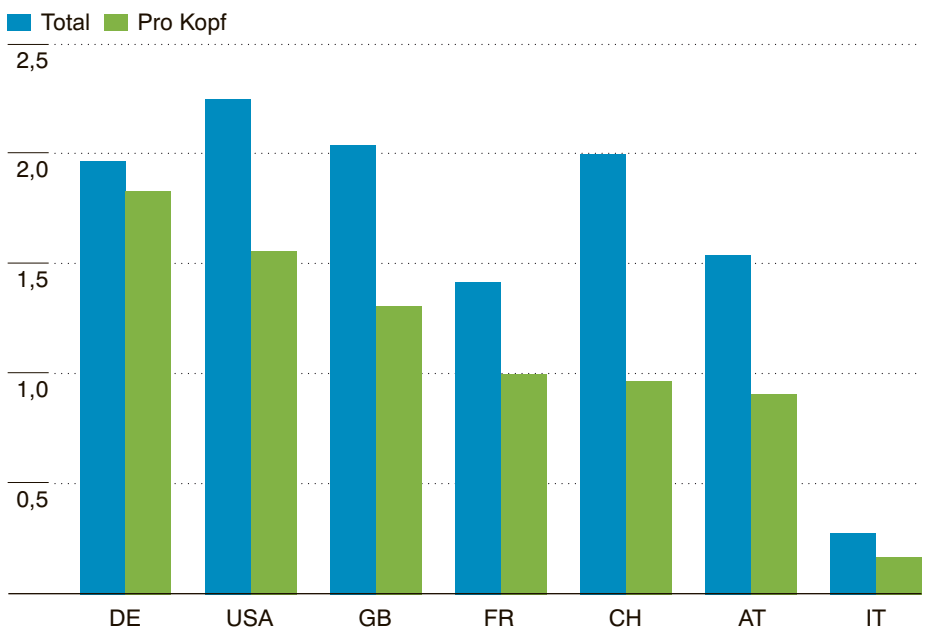
2. Wachstum in die Breite

Mehr Menschen bedeutet auch mehr Konsum. Davon profitiert die Wirtschaft. Tatsächlich war das Wirtschaftswachstum in der Schweiz in den letzten Jahren überdurchschnittlich hoch. Allerdings nur gesamthaft gesehen. Beim Pro-Kopf-Wachstum befindet sich die Schweiz unter den vergleichbaren Ländern nur im unteren Mittelfeld. Das bedeutet: Das Wirtschaftswachstum ist nicht in erster Linie auf eine erhöhte Produktivität zurückzuführen, sondern vor allem auch auf die Bevölkerungszunahme.

Die NZZ kam kürzlich zum ernüchternden Fazit: «Die insgesamt rund 300'000 in der Schweiz zwischen Herbst 2017 und Herbst 2022 neu geschaffenen Vollzeitstellen – viele davon durch Zuwanderung – haben das allgemeine Wohlstandsniveau kaum erhöht.»

Beim Pro-Kopf-Wachstum ist die Schweiz Mittelmass

Durchschnittliches BIP-Wachstum 2010 bis 2019, in Prozent



Die Corona-Jahre 2020 und 2021 wurden weggelassen, da nicht repräsentativ

Grafik: rb / Quelle: Weltbank

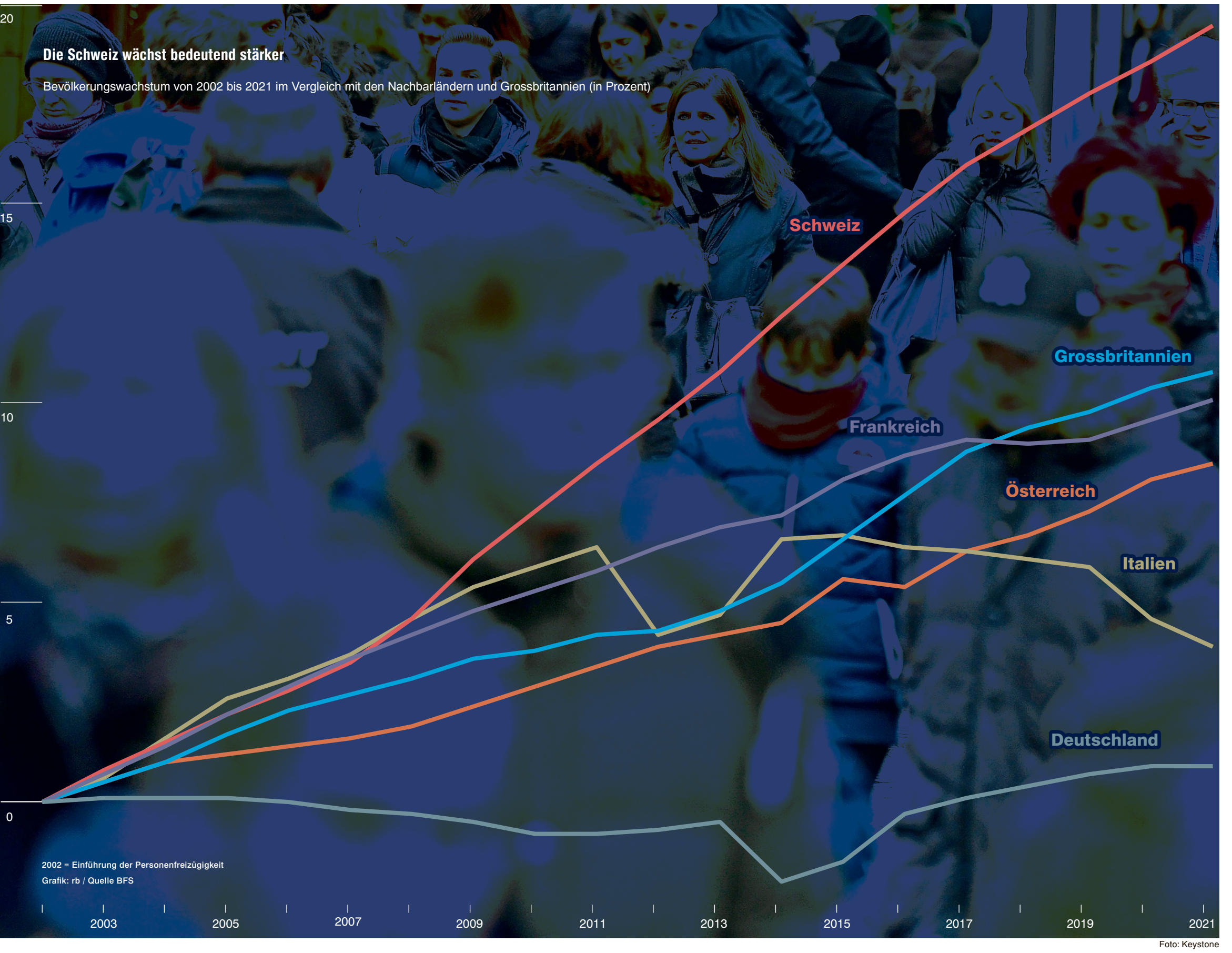


Foto: Keystone

3. Die Angestellten profitieren

Die grosse Befürchtung bei der Einführung der Personenfreizügigkeit, die Einwanderer würden den Schweizerinnen und Schweizern die Jobs wegnehmen, hat sich als falsch erwiesen. Das Gegenteil ist eingetreten: Die Anzahl offener Stellen hat sogar noch zugenommen. Der Fachkräftemangel ist trotz Zuwanderung höher denn je.

Davon profitieren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: In vielen Branchen können sie sich die Jobs aussuchen. Da die Personenfreizügigkeit beidseitig gilt, ist auch ein Wechsel ins europäische Ausland ohne grosse bürokratische Hürden möglich.

Das starke Jobwachstum ist vor allem auf den öffentlichen Sektor zurückzuführen. Von 2011 bis 2019 wuchs die Bevölkerung um 8,2 Prozent. Im selben Zeitraum nahm die Beschäftigung bei den privaten Unternehmen um 6,6 Prozent, bei öffentlichen Betrieben um 8,8 Prozent und im Sektor Staat um 12 Prozent zu. Ein starker Treiber ist dabei das Gesundheitswesen, das nicht nur wegen der Bevölkerungszunahme, sondern auch wegen der Alterung der Gesellschaft rasant wächst.

Trotz hoher Zuwanderung immer mehr offene Stellen

Ausgeschriebene Stellen (Adecco Group Swiss Job Market Index)

Indexwert: 1. Quartal 2008 = 100
Grafik: rb / Quelle: UZH

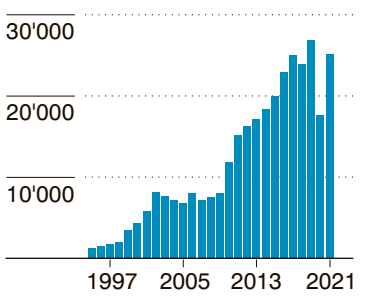
4. Infrastruktur an der Belastungsgrenze

Dass die Züge zu den Stosszeiten oft überfüllt, die Strassen verstopft, die Schwimmbäder im Sommer rappelvoll sind, ist nicht nur eine subjektive Empfindung, sondern lässt sich statistisch belegen. Die Anzahl Staustunden auf Autobahnen hat sich zum Beispiel seit 2002 mehr als verdreifacht. In Grenzregionen kommt die Verkehrsinfrastruktur nicht nur durch das Bevölkerungswachstum an den Anschlag, sondern auch durch die stetig wachsende Anzahl Grenzgänger. Deren Zahl hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und liegt heute bei 370'000.

Auch weniger sichtbare Bereiche sind betroffen. Der aktuelle Energie-Engpass zum Beispiel hängt zu einem gewissen Grad auch mit dem Bevölkerungswachstum zusammen. In den letzten 20 Jahren hat der Pro-Kopf-Verbrauch zwar abgenommen, die steigende Anzahl Nutzer hob den Rückgang allerdings wieder auf.

Der Verkehr stockt zunehmend

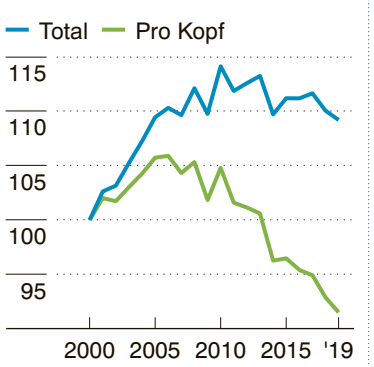
Durch Verkehrsüberlastung verursachte Staus auf Schweizer Nationalstrassen, in Stunden



Der Einbruch 2020 und 2021 ist mit der Corona-Pandemie zu erklären
Grafik: rb / Quelle: BFS

Bevölkerungswachstum hebt Stromsparbemühungen auf

Elektrizitätsverbrauch in der Schweiz seit 2000



Grafik: rb / Quelle BFS

5. Umwelt und Landschaft leiden

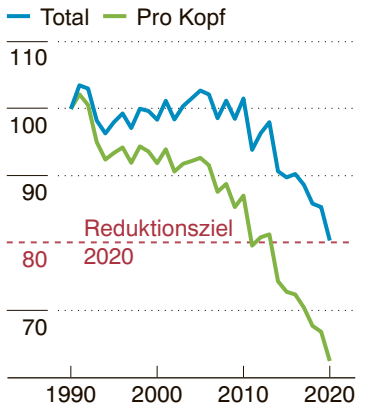
Wie sehr das Land in den letzten Jahrzehnten zugebaut wurde, ist in fast allen Regionen offensichtlich: Landauf, landab sind neue Wohnsiedlungen entstanden.

Die Schweiz gehört aufgrund ihrer Topografie seit jeher zu den Ländern mit dem kleinsten Anteil Ackerfläche pro Einwohner. Zwischen 2000 und 2021 sank dieser Anteil noch einmal um 20 Prozent; er beträgt nur noch 453 Quadratmeter pro Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland und Österreich liegt dieser Wert dreimal höher.

Auch auf die Klimaemissionen hat die Zuwanderung einen Einfluss. Gemäss Zwischenziel des Pariser Abkommens hätte die Schweiz 2020 ihre Emissionen gegenüber 1990 um 20 Prozent senken müssen. Dieses Ziel wurde knapp verfehlt. Pro Kopf sanken die Emissionen jedoch um 37 Prozent.

Pro Kopf würde die Schweiz die CO_2-Ziele erreichen

Reduktionsziel für 2020 von -20% gegenüber 1990 hat die Schweiz knapp verfehlt (-19%), pro Kopf übererfüllt (-37%).



Veränderung des Ausstosses an CO2-Äquivalenten seit 2020. Importbedingte Emissionen sind hier nicht enthalten.
Grafik: rb / Quelle BFS

Die Schweiz wird zugebaut

Entwicklung der Siedlungs- und Landwirtschaftsflächen 1985–2018

	Nettozunahme in km²	in Prozent
Wohnareal	434 km²	61%
Verkehrsflächen	158 km²	19%
Industrie- und Gewerbeareal	75 km²	41%
übriges Gebäudeareal	72 km²	14%
Erholungs- und Grünanlagen	66 km²	46%
Landwirtschafts-Fläche	−1'143 km²	−7%

Landwirtschaftsfläche geht im Flachland v. a. an Überbauungen verloren, im Gebirge an Wald.
Grafik: rb / Quelle: BFS